

E-Petitionen und Twitter-Wahlkampf

Digitale Methoden in der Politikwissenschaft

Von Andreas Jungherr und Harald Schoen

Immer mehr politische Prozesse werden auf Online-Kanälen begleitet. Dies gilt sowohl für klassische politische Akteure als auch für neue basisdemokratische Bewegungen. Ob bei Protesten gegen Stuttgart 21, beim Volksentscheid über den Nichtraucherschutz in Bayern oder bei Massenprotesten gegen politische Regime in der arabischen Welt – Onlinekommunikation hat einen besonderen Status erreicht. Dieses neue Forschungsfeld eröffnet neue Perspektiven, denn sobald Menschen über Online-Kanäle kommunizieren, hinterlassen sie Datenspuren, die ihre Handlungen dokumentieren. Wissenschaftlern bieten diese Spuren neue Einblicke in menschliches Verhalten.

Parlamente, Regierungen und etablierte Parteien laden auf ihren Internetangeboten Bürger dazu ein, sich zu informieren, aber auch Vorstellungen und Forderungen zu formulieren. Neue politische Bewegungen nutzen das Netz, um auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen und ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Bürger verwenden Onlinekommunikation darüber hinaus dazu, politische Aktivitäten zu koordinieren. – Onlinekommunikation ist mittlerweile aus der Politik kaum noch wegzudenken.

Dieser Trend bietet nicht nur Chancen für Bürger und politische Akteure, sondern eröffnet auch der Forschung ganz neue Perspektiven. Sobald Menschen über Online-Kanäle kommunizieren, hinterlassen sie Datenspuren, die ihre Handlungen dokumentieren. Wissenschaftlern bieten diese Spuren neue Einblicke in menschliches Verhalten. Denn sie können nun politisches Verhalten in Echtzeit untersuchen und sind nicht mehr darauf angewiesen, es mit Umfragen oder anderen Instrumenten zu rekonstruieren. Diese Analysemöglich-

keiten erschließen die so genannten „Digitalen Methoden“.

Am Bamberger Lehrstuhl für Politische Soziologie wird dieser Ansatz bewusst genutzt, um neue Einsichten in menschliche Kommunikation über politische Themen und die Eigenschaften politischer Partizipation im Netz zu gewinnen. Zwei kürzlich abgeschlossene Untersuchungen seien nachfolgend zur Veranschaulichung von Ansatz, Vorgehensweise und Aussagekraft exemplarisch dargestellt.

E-Petitionen beim Deutschen Bundestag

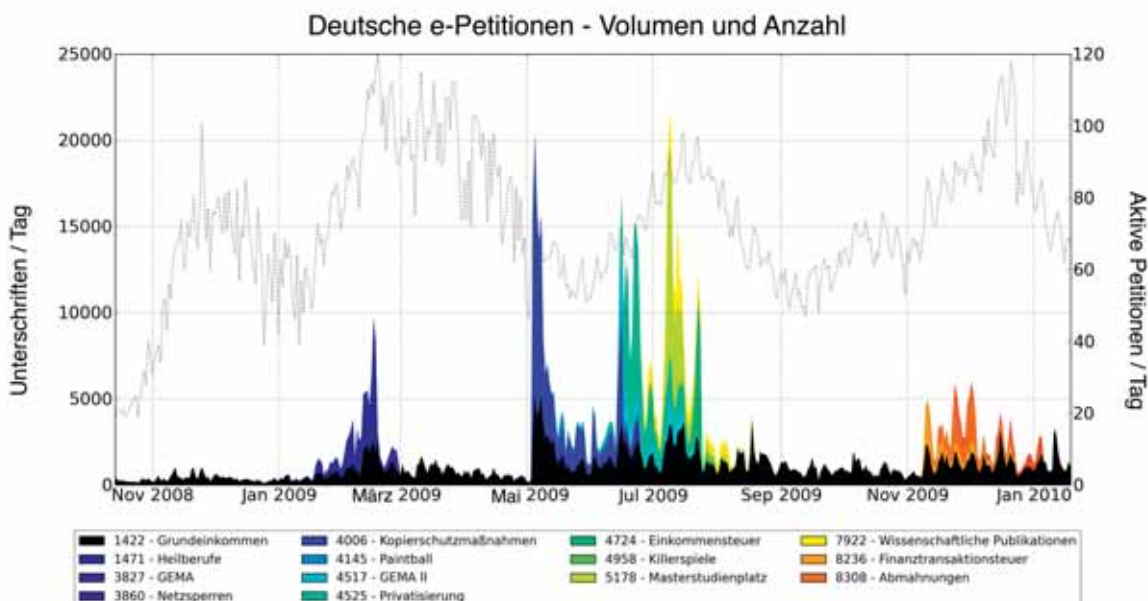
Der Deutsche Bundestag bietet seit einiger Zeit eine Plattform an, auf der Petitionen online eingereicht und von anderen Bürgern mit einer „Unterschrift“ unterstützt werden können. Wir interessieren uns dafür, wie diese Möglichkeiten tatsächlich genutzt werden. Abbildung 1 zeigt die Summe aller Unterschriften im Laufe des Untersuchungszeitraums. Schwarz markiert sind alle Unterschriften, die für E-Petitionen eingingen, denen es nicht gelang, über



10.000 Unterschriften zu sammeln. Die farblich abgesetzten Flächen zeigen die Unterschriften für E-Petitionen, die mehr als 10.000 Unterschriften auf sich vereinigen konnten. Von den 886 öffentlichen E-Petitionen im Untersuchungszeitraum gilt das nur für vierzehn E-Petitionen. Weniger als zwei Prozent der öffentlichen E-Petitionen bündeln also gut die Hälfte aller auf der E-Petitionsplattform eingegangenen Unterschriften.

Auf den ersten Blick könnte man meinen, für das E-Petitionswesen gelte die Devise „Die Reichen werden reicher“ oder gar das Prinzip „The winner takes all“. Dieser Eindruck täuscht jedoch. Denn betrachtet man die Entwicklung der schwarzen Fläche im Schaubild, so sieht man, dass die E-Petitionen unter 10.000 Unterschriften zu Beginn des Untersuchungszeitraums täglich einige hundert Unterschriften erhalten. Dieses Muster wird durchbrochen, sobald die außergewöhnlich erfolgreiche E-Petition für das bedingungslose Grundeinkommen auftritt. Während des Zeichnungszeitraums dieser E-Petition steigt auch die Summe der Unterschriften für kleinere E-Petitionen deutlich an. Der Erfolg einer E-Petition springt also, mit abgeschwächter Wirkung, auf andere in diesem Zeitraum unterzeichnenbare E-Petitionen über. Dieses

E-Petitionen und ihre Mitzeichner
zwischen November 2008 und Januar 2010





Muster findet sich im weiteren Verlauf des Untersuchungsraumes immer wieder und deutet auf eine Regelmäßigkeit hin. In Zahlen ausgedrückt, scheint eine E-Petition, die mehr als 10.000 Unterschriften erhält, weniger erfolgreichen E-Petitionen zusätzliche Unterschriften einzubringen. Aufmerksamkeit und Unterschriften scheinen also von erfolgreichen auf weniger erfolgreiche Petitionen gleichsam überzuspringen. In anderen Worten: Politische Partizipation erzeugt politische Partizipation.

Literaturempfehlung

Andreas Jungherr und Pascal Jürgens (2010):

„The political click: political participation through e-petitions in Germany“, in: *Policy & Internet* 2(4), 131-165.

Pascal Jürgens und Andreas Jungherr (2011):

„Wahlkampf vom Sofa aus: Twitter im Bundestagswahlkampf 2009“, in: Eva Johanna Schweitzer und Steffen Albrecht (Hg.), *Das Internet im Wahlkampf. Analysen zur Bundestagswahl 2009*, Wiesbaden: VS Verlag (i.E.), 201-225.

Pascal Jürgens, Andreas Jungherr and Benjamin Heitmann (2009):

„The interplay of theory and observation: a proposition for structured research on human behavior on the web“, in: *Proceedings of the WebSci'09: Society On-Line*, Athens, Greece.

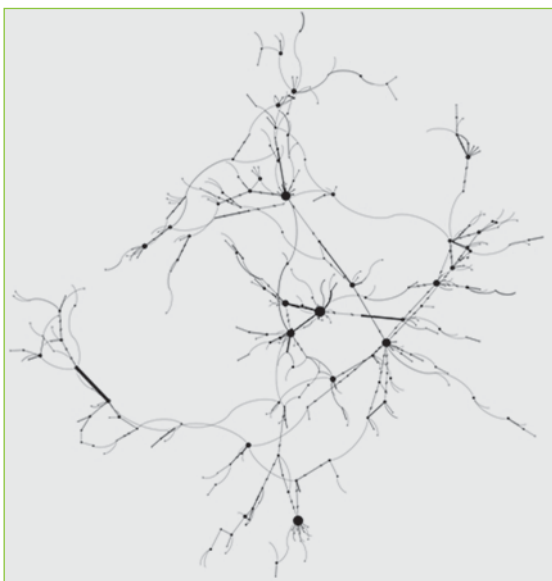
Politische Kommunikation auf Twitter

Die Microblogging-Plattform Twitter wird von einer wachsenden Zahl von Personen genutzt, um online zu kommunizieren, auch über politische Inhalte. Während des Bundestagswahlkampfes 2009 sammelten wir alle Nachrichten von Twitter-Nutzern, die zwischen Juni und Oktober 2009 mindestens einmal eine Nachricht mit einem politischen Stichwort veröffentlichten. Das traf auf knapp über 33.000 Twitter-Nutzer zu, die in dieser Zeit knapp über 10 Millionen Nachrichten veröffentlichten.

Diese Zahlen sind durchaus eindrucksvoll. Uns interessiert jedoch vor allem, wer mit wem solche Nachrichten austauschte und welche Kommunikationsnetzwerke zwischen Twitter-Nutzern daraus entstanden. Abbildung 2 zeigt exemplarisch das Netzwerk der Konversationen von politisch interessierten Twitter-Nutzern am 1. September 2009. Darin sind die Nutzer als Knotenpunkte dargestellt, die umso größer sind, je häufiger ein Nutzer angeschrieben wurde. Die Stärke der Linien zwischen den Knoten steht für die Häufigkeit des Austauschs: Je dicker die Linie zwischen zwei Nutzern, desto häufiger kommunizierten diese am untersuchten Tag. Dabei berücksichtigten wir nur jene Nachrichten, auf die geantwortet wurde oder die weitergeleitet wurden.

Wir erhalten so ein Netzwerk aus 405 politisch interessierten Twitter-Nutzern, die durch 662 Konversationen miteinander verbunden sind. In diesem Netzwerk, das zeigt die linke Hälfte von Abbildung 2, gibt es offenbar einige wenige Nutzer mit äußerst vielen Verbindungen zu anderen Nutzern. Zugleich findet sich eine Vielzahl von Nutzern mit nur wenigen Verbindungen. Wollen diese Nutzer große Aufmerksamkeit auf sich und ihre Botschaften ziehen, sind sie daher darauf angewiesen, dass Nutzer mit vielen Verbindungen ihre Nachrichten aufgreifen und an andere Nutzer weiterleiten.

Welche Bedeutung diese wenigen stark verknüpften Nutzer für das Konversationsnetzwerk haben, zeigt das im rechten Teil von Abbildung 2 dargestellte Netzwerk. Hier ist noch einmal das Konversationsnetzwerk vom 1. September 2009 dargestellt, diesmal allerdings ohne die zehn am stärksten vernetzten Nutzer. Es fällt sofort ins Auge: das vorher geschlossene Netzwerk zerbricht in 81



Kommunikationsnetzwerk politisch interessierter Twitter-Nutzer am 1.9.2009

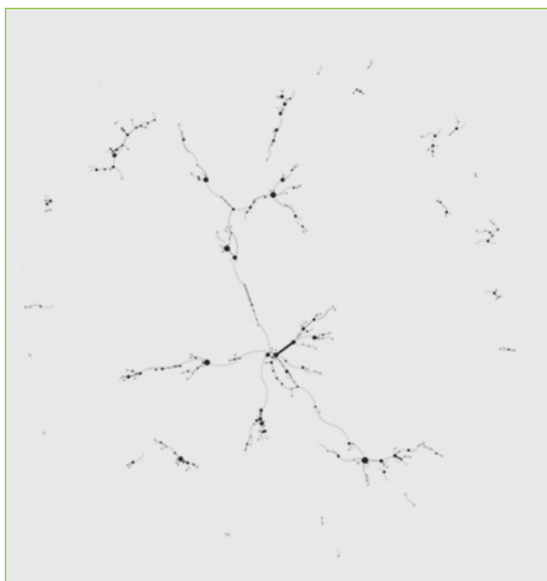


Abbildung links:
Vollständiges Netzwerk

Abbildung rechts:
Fragmentiertes Netzwerk
nach der Entfernung von
Gatekeepern

von einander isolierte Einzelteile. Auf den Informationsfluss im Netzwerk gemünzt, bedeutet diese Erkenntnis: Konnte im vollständigen Netzwerk (links) eine Nachricht oder Information ihren Weg über Konversationsverbindungen zu allen Nutzern des Netzwerkes finden, so führt die Entfernung der zehn am stärksten vernetzten Nutzer zur Isolation kleiner Nutzercliquen. Informationen überspringen Gruppengrenzen nun nicht mehr.

Diese stark vernetzten Nutzer übernehmen im Kommunikationsfluss die Rolle von Gatekeepern – eine Rolle, die früher klassischen Massenmedien vorbehalten schien.

Diese beiden Beispiele veranschaulichen recht gut die Möglichkeiten, die Digitale Methoden für

Sozialwissenschaftler im Allgemeinen und Politikwissenschaftler im Besonderen eröffnen. Diese zu nutzen ist umso wichtiger, als politische Onlinekommunikation künftig vermutlich eher zu- als abnehmen und an Bedeutung gewinnen wird. Allerdings kann man von politisch relevantem Geschehen im Internet nicht ohne weiteres auf politische Prozesse im Allgemeinen schließen. Auch die Online-Spuren politischen Verhaltens dürfen also nicht naiv analysiert werden. Andernfalls könnte man sich etwa darüber wundern, dass dem Volksentscheid über den Nichtraucherschutz in Bayern heftige Auseinandersetzungen im Internet vorausgingen, dieses Ereignis jenseits des Internets jedoch allenfalls auf mäßige Resonanz stieß.

E-Petitions and Twitter Election Campaigns



Digital methods in political science

An increasing number of political processes are accompanied by online activities. Alongside established political actors, new, grass-roots movements utilize online channels. Whether concerning a protest against the Stuttgart 21 project, the Bavarian anti-smoking referendum or mass protests against dictators in the Arab world, online communication has gained in political significance. This new field of research is establishing new perspectives, as those people who communicate via online channels leave data trails documenting their activities. These trails are providing researchers with new insights into human interaction.